

Eine Rekonstruktion der Wirkungen des Soldatentods.

Skizze eines Forschungsvorhabens

Präsentiert auf dem AFK-Jahreskolloquium 2011

Evangelische Akademie Villigst, 7.-9. April 2011

Ulrich Franke, Universität Bielefeld und Ulrich Roos, Universität Augsburg

Abstract:

Mit der deutlichen Zunahme von Todesfällen deutscher Soldaten im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr geht einher, dass ein Thema in den öffentlichen Diskurs zurückkehrt, welches hierzulande bis dato primär mit dem Erfahrungshorizont des Zweiten Weltkrieges in Verbindung gebracht worden ist. Die Wirkungen des „Soldatentods“ stehen im Zentrum eines Forschungsvorhabens, das im Rahmen des vorzulegenden Papiers zu skizzieren sein wird und das sich an der folgenden Fragestellung maßgeblich orientiert: Welche Wertebezüge weisen i) militärische, ii) parlamentarische und iii) regierungsamtliche Kommunikationen zum Soldatentod auf und wie haben sich diese Wertebezüge in den drei zu untersuchenden Teildiskursen im Laufe des Afghanistan-Einsatzes verändert? Der Begriff „Wertebezüge“ ist dabei extensiv zu verstehen: Welche Ideen, Begriffe bzw. Bedeutungen werden diskursiv mit dem Soldatentod verknüpft, auf welche Art und Weise erfolgt dies und welche Entwicklung lässt sich dabei (über Zeit) rekonstruieren? Im Rahmen der hier vorgeschlagenen Skizze eines Forschungsdesigns soll erörtert werden, wie derlei Fragen methodologisch fundiert und methodisch kontrolliert bearbeitet werden können.

I Einleitung

Der gewaltsame Tod der eigenen Soldaten stellt für die deutsche Öffentlichkeit ein altbekanntes und zugleich ganz neues Phänomen dar. Aufgrund der im Zuge weltweiter Einsätze der Bundeswehr steigenden Zahl verwundeter, traumatisierter und gefallener Soldaten verliert der bis dato sinnvolle Begriff der „Nachkriegsgesellschaft“ zunehmend an Relevanz. Deutschland befindet sich offensichtlich erneut auf dem Weg, eine Kriegsgesellschaft zu werden. Zur These von der „postheroischen“ Gesellschaft (Münkler 2006: 310ff), der gemäß niemand mehr bereit sei, sein Leben für die gemeinsamen Werte der westlichen Zivilisation einzusetzen, steht diese Entwicklung ebenso in Widerspruch wie zur sogenannten

„Zivilmachtsthese“ (Maull 1992, Kirste/Maull 1996), der zufolge sich deutsche Außenpolitik unter anderem durch einen weitgehenden Verzicht auf den Einsatz militärischer Instrumente auszeichne. Von den bislang 32 „durch Fremdeinwirkung gefallenen Soldaten“ der Bundeswehr sind 30 im ISAF-Einsatz in Afghanistan getötet worden. Die steigenden Verluste rücken das Phänomen des Soldatentods also erneut in den Fokus von Gesellschaft, Politik, Medien und Wissenschaft. So wird den gefallenen Soldaten inzwischen regelmäßig während der Sitzungen des Deutschen Bundestages gedacht; Vertreter der Staatsspitze nehmen an Trauerfeiern teil. Im Juli 2009 wurde zunächst die Tapferkeitsmedaille (wieder-)eingeführt und im September desselben Jahres das „Ehrenmal der Bundeswehr“ in Berlin eingeweiht. Die Medien berichten immer häufiger über Posttraumatisches Belastungssyndrom und Soldatentod und auch die Wissenschaft setzt sich verstärkt mit diesem Thema auseinander (vgl. Hettling/Echternkamp 2009; Hauswedell 2009). Dies scheint auch notwendig zu sein, da das Phänomen des Soldatentodes eine ganze Reihe gravierender Auswirkungen zeitigt oder zeitigen könnte, die von höchster gesellschaftlicher Relevanz und daher besonders erforschenswert erscheinen.

Unter „Soldatentod“ zu verstehen sind Todesfälle von Soldaten im Einsatz durch gezielte Akte *äußerer* Kräfte, also kein Suizid, keine Todesfälle von Soldaten in Folge von Unfällen und auch keine Todesfälle auf Seiten des *Zivil*personals der Streitkräfte. Diese Einschränkung dient, ebenso wie die Nichtberücksichtigung von körperlichen und seelischen Verwundungen, primär dem Zweck, den Untersuchungsgegenstand unzweideutig zu bestimmen und sich auf einen Fall-Typus zu beschränken – den gewaltsamen Tod von Soldaten durch gezielte Akte äußerer Kräfte.

Im Rahmen der hier vorgeschlagenen Skizze eines Forschungsdesigns soll erörtert werden, wie eine Forschungsagenda auf Basis der oben skizzierten Frage nach den Wertebezügen diverser offizieller Stellungnahmen zum Soldatentod methodologisch fundiert und methodisch kontrolliert bearbeitet werden kann. Handlungsleitend für die Autoren ist dabei das Ideal rekonstruktiver Sozialforschung (vgl. Franke/Roos 2010; Franke 2010; Roos 2010), das Transparenz und intersubjektive Nachprüfbarkeit

des konkreten Vorgehens ebenso umfasst wie die systematische Reflektion der eigenen Vorannahmen und des eigenen Zugriffs auf den Untersuchungsgegenstand.

II Forschungsstand

Das Phänomen „Soldatentod“ gewinnt angesichts der leider zunehmenden Zahl gewaltsam durch äußere Kräfte induzierter Todesfälle deutscher SoldatInnen, vor allen Dingen im Rahmen des Afghanistan-Einsatzes, immer mehr an politischer Bedeutung. Die Zahl der medialen Reflexionen zum Thema hat genauso zugenommen, wie sich die Formen der regierungsamtlichen Gedenkpraxis in jüngerer Zeit deutlich verändert haben. Kein Wunder also, dass auch die Sozialwissenschaften sich dieses Themas annehmen. Dabei erweist sich der Forschungsstand entsprechend der unterschiedlichen Erkenntnisinteressen, die sich zum Beispiel aus den unterschiedlichen Perspektiven verschiedener Wissenschaftsdisziplinen formulieren lassen, als erkennbar heterogen.¹

Der „Soldatentod“ im Kontext von Kontinuität und Wandel deutscher Außenpolitik

Aus politikwissenschaftlicher Sicht lässt sich das Phänomen des Soldatentods als Folge einer veränderten Einsatzpraxis der Bundeswehr und insofern als Wirkung einer gewandelten deutschen Außenpolitik begreifen. Dabei erweist sich die Frage nach *Kontinuität oder Wandel* deutscher Außenpolitik als erstaunlich langlebiges Forschungsprogramm. Sie wurde bereits in den Jahrzehnten *vor* der „Zeitenwende“ von 1989/90 gestellt (Morgenthau 1951; Altmann 1962; Ziebura 1975) und blieb auch im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten ein beliebter Turnierplatz im Kräftemessen der Verfechter (neo-)realistischer (Mearsheimer 1990; Waltz 1993) liberalistisch-institutionalistischer (Bredow/Jäger 1991; Markovits/Reich 1993;

¹ Vgl. etwa die interdisziplinär angelegten Sammelbände Hettling/Echterkamp 2009; Hauswedell 2009; Dörfler-Dierken/Kümmel 2010.

Rittberger 1992) und sozialkonstruktivistischer Paradigmen (Berger 1998; Katzenstein 1997; Duffield 1998; Harnisch/Maull 2001). Ende der 1990er Jahre galt der Fortbestand des Zivilmachtrollenkonzepts deutscher Außenpolitik im wissenschaftlichen Diskurs bereits als sichere Erkenntnis (Maull 2006b: 3), bevor zunächst die Beteiligung am Kosovo-Krieg und eine auch in der Folge nicht immer konsequent an der Stärkung von UN-Normen, Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik der EU und NATO-Kooperation orientierte Politik der deutschen Staatsräson größere Zweifel an dieser These aufkommen ließen (Hellmann 2004a, 2004b; Baumann 2006; Hellmann/Roos 2007; Roos 2010).

Für die hier relevante Diskussion des möglichen Wandels deutscher Außenpolitik erweisen sich u.a. die Begriffspaare „Normalisierung vs. Sonderweg“ sowie „Militarismus/Antimilitarismus“ als bedeutsam. Dabei wird in der Gesamtschau eine erstaunliche Bedeutungsverschiebung gerade des Antimilitarismusbegriffs in den wissenschaftlichen Beschreibungen deutscher Außenpolitik erkennbar. Während bis Anfang der 1990er Jahre alle Einsätze jenseits von Landes- und Bündnisverteidigung als im Widerspruch mit der antimilitaristischen Tradition der deutschen Außenpolitik stehend aufgefasst wurden, galten in der Folge humanitäre Einsätze, später „peace-building“-Einsätze und Kampfmaßnahmen zur Abwendung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie schließlich auch der Kampf gegen den Terrorismus und der Einsatz der Bundeswehr in der Krisenpräventionspolitik (vgl. Weller 2008: 126) als mit dieser Überzeugung im Einklang befindlich (Geis 2008: 73-77). Die Experten verweisen auf eine im Kern unveränderte pazifistische Grundhaltung, die sich durch neue Strategien jedoch an eine veränderte internationale Umwelt angepasst habe und notfalls auch den Einsatz militärischer Mittel vorsehe (Miskimmon/Paterson 2006: 36; Joetze 2006: 164; Beck 2006: 260; Wagener 2006: 83). Dabei herrsche jedoch eine beinahe übertrieben strenge Zurückhaltung gegenüber dem Gebrauch dieser Instrumente bei Kampfeinsätzen zu Gunsten friedensbewahrender, friedentiftender sowie humanitärer Einsatzformen vor (Dalgaard-Nielsen 2006). Die deutsche Öffentlichkeit habe die Ausweitung

möglicher Einsatzformen der Bundeswehr – die auch als Abkehr von der Kultur der Zurückhaltung zugunsten einer Kultur des begrenzten multilateralen Einsatzes beschrieben wird – als notwendige Veränderung der strategischen Kultur Deutschlands hingenommen (Szabo 2006: 128). Als hieran anschlussfähig erweist sich auch die These einer Gewöhnung der deutschen Bevölkerung an den Auslandseinsatz und damit die allmähliche Enttabuisierung des Krieges (Geis 2008: 70) bzw. der Befund der „schleichenden Militarisierung“ (Bald 2008: 57). Der Wandel der „Armee im Wartestand“ zu einer „Armee im Einsatz“ (Böckenförde 2008: 23) bzw. des Selbstverständnisses eines „Importeurs“ zu einem „Exporteur von Sicherheit“ sei weit fortgeschritten und Deutschland zu einer „Zivilmacht mit Milchzähnen geworden“ (Bierling/Strobel 2010: 165). Die Reichweite des Befundes der generellen Akzeptanz einer veränderten Einsatzrealität der Bundeswehr seitens der Bevölkerung wird jedoch durch die These von der allgemeinen „Kriegs- und Militärmüdigkeit“ als ungebrochener Konstante der politischen Kultur Deutschlands (Krippendorff 2010: 91; vgl. Wette 2006, 2008) und die beharrliche Bevölkerungspräferenz, im Gegensatz zu den politischen Entscheidungsträgern nur sehr begrenzte Einsatzszenarien zu unterstützen (Göler 2010: 197), deutlich eingeschränkt.

Dissens besteht jedoch in der Frage, ob sich im Blick auf die den Einsätzen zugrunde liegenden *Wertebezüge* ein Wandel beobachten lässt, oder ob, ganz im Gegenteil, hier weitgehende Kontinuität herrsche. Generell lässt sich dabei beobachten, dass im Forschungsstand neben die Verweise auf einen „Kernbestand von Prinzipien und Normen“, die der deutschen Außenpolitik als wichtiger Handlungsrahmen dienen und – wie z.B. die Verpflichtung „auf internationale Friedenspolitik“ (Maull 2008: 128) – im Grundgesetz ex- oder implizit verankert wurden, immer häufiger die Idee tritt, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr auch durch spezifische nationale (Wirtschafts-)Interessen legitimiert werden (Bierling/Strobel 2010: 156f; Pleuger 2009: 137). So hätten die schließlich zu seinem Rücktritt führenden Äußerungen des früheren Bundespräsidenten Horst Köhler in naiver Weise mit der „Lebenslüge“

deutscher Außenpolitik von der „reinen Friedens- und Demokratiemission“ der Auslandseinsätze gebrochen (Krippendorff 2010: 92). Auch aus einer grundgesetzlichen Perspektive heraus argumentierende Beiträge gelangen zu dem Schluss, dass durch „die Umdeutung verfassungsrechtlich relevanter Begrifflichkeiten“ das Friedensgebot „als handlungsleitende Norm abhandeln zu geraten“ drohe. Es gelte diese Norm „gegen andere Kategorien – insbesondere Verteidigung, Sicherheit, Interesse – „noch klarer zu konturieren“ (Jaberg 2008: 83). So erkläre das Weißbuch 2006 neben Sicherheit auch Macht, Einfluss und Wohlstand zu Werten, die unter Einsatz des Militärs zu wahren oder zu mehren sind. Völkerrechtlich und verfassungsrechtlich sei jedoch bloß die eigene Verteidigung statthaft, nicht die Mehrung von politischer Macht, Einfluss und Wohlstand (Jaberg 2008: 97).

Der Wandel der Sinnstiftungsdiskurse des „Soldatentods“

Das mit der beschriebenen veränderten Einsatzpraxis unausweichlich verknüpfte Phänomen der zunehmenden Zahl getöteter SoldatInnen verleiht der ethisch-moralischen Dimension dieser politischen Entwicklung eine besondere Qualität. Die für die Auslandseinsätze der Bundeswehr Verantwortlichen – Parlament, Regierung und in letzter Instanz die deutsche Gesellschaft – müssen diese Dimension bei der Beantwortung der unvermeidbaren Frage nach dem „Wofür“ berücksichtigen. Die neue, im Afghanistan-Einsatz kulminierende Einsatzrealität der Bundeswehr (Dörfler-Dierken 2010: 155) führt zu einer Häufung der durch Fremdeinwirkungen verursachten Todesfälle von Streitkräften (Meyer 2011: 205). Auf der Homepage der Bundeswehr heißt es unter der Überschrift „Todesfälle im Auslandseinsatz“:

Von den seit 1992 in die Auslandseinsätze entsandten Bundeswehrangehörigen starben 96 – 32 Soldaten fielen durch Fremdeinwirkung. 64 kamen durch sonstige Umstände ums Leben“ (www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/streitkraefte/grundlagen, rev. 31.3.2011).

Von den 32 durch Fremdeinwirkung „gefallenen“ Soldaten, es dürfte sich nach unserem Wissensstand ausschließlich um Männer handeln, sind 30 in Afghanistan getötet worden. Dieser Verstetigung des gewaltsam induzierten Sterbens deutscher Soldaten – Klaus Naumann spricht von einer „allmählichen Häufung von Einsatztoten“ (Naumann 2009: 205) – wird seitens der wissenschaftlichen Experten eine beachtliche, multidirektionale Wirkmacht zugesprochen. So stelle sich unter anderem die schwierige Frage nach dem Sinn, den der Soldatentod für unsere Gesellschaft haben soll, mit immer größerer Dringlichkeit: „Wie ist er zu rechtfertigen? Wie kann das Gemeinwesen diese Toten erinnern?“ (Hettling 2008: 18).

Eine Studie der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung zum Thema „Das Bild vom demokratischen Soldaten: Spannungen zwischen der Streitkräfteorganisation und den Grundsätzen der Demokratie im europäischen Vergleich“ gelangt zu dem Ergebnis, dass einigen Angehörigen der Streitkräfte „die Leitidee, der grundsätzliche Existenzgrund der Bundeswehr“, also die Antwort auf die Frage nach dem „Warum“, fehle. Es werde angesichts des zunehmenden Gewichts „von genuin soldatischen Aufgaben (der Kampf, das Töten und die Bereitschaft, sein Leben zu geben) auch verstärkt die Frage nach dem tieferen Sinn gestellt“ (Bake 2010: 135).

Ähnlich wie die HSFK-Studie basiert auch der jüngste Beitrag von Angelika Dörfler-Dierken (2010) zu diesem Thema auf einem interpretativen Forschungsparadigma. Sie zeichnet dort die Entwicklung einiger – in Zusammenhang mit dem Phänomen des Soldatentods besonders zentraler – Begrifflichkeiten nach. Hierbei interessiert sie sich in ihren Analysen vor allen Dingen für die Bewegung der öffentlichen Sprache hin zum Kriegsbegriff sowie für die Modifikation bezüglich der Bezeichnung „Gefallene“ anstelle von „Getötete“. Die deutschen Soldaten würden sich selbst als dazu bereit erleben, das eigene Leben „für das deutsche Volk“ zu opfern, doch die Gesellschaft würde diese Haltung nicht „ehren“ und der Dienstherr verweigere, so zahlreiche Soldaten, aus juristischen Gründen den Begriff Krieg, um im Todesfall

nicht anstelle von Versicherungen Zahlungen an Hinterbliebene leisten zu müssen (Dörfler-Dierken 2010: 145). Trotz einer allgemeinen gesellschaftlichen Tendenz zur „Ästhetisierung von Gewalt“ bliebe die Gesellschaft gegenüber dem Rückgriff auf eine pathosgetragene Verknüpfung der Begrifflichkeiten Ehre und Tod – ganz im Sinne des Münklerschen Diktums von der postheroischen Gesellschaft – skeptisch eingestellt. Die SoldatInnen würden als Reaktion auf diese Zurückhaltung der Gesellschaft „dazu neigen, ein elitäres Sonderethos auszubilden, sich als eine Elite zu verstehen, die besondere Opfer bringt.“ Die derart veränderte Wir-Identität sei vom Selbstbild bestimmt, „nötigenfalls sein Leben dahinzugeben für ein Vaterland und eine Gesellschaft, die des Selbstopfers eigentlich nicht wert“ sei. Durch die „Wiederbelebung alter soldatischer Ehrbegriffe“ würden die SoldatInnen sich selbst zu einer Statuselite ernennen. Diese elitäre Abgrenzungstendenz stelle eine unmittelbare Folge des Auslandseinsatzes und des empfundenen hohen Risikos für Leib und Leben dar. Dieser Prozess führe dazu, dass sich die SoldatInnen – besonders die Offiziere – als Kämpfer und Krieger verstünden, die nach Ehrbezeugungen seitens der Gesellschaft und des Staates verlangen. Das Konzept des Staatsbürgers in Uniform liefere hingegen kaum Möglichkeiten dieser Forderung zu entsprechen, so dass ein Konflikt mit der Zivilgesellschaft entstünde (ebd.: 152ff).

Dass am 24. Oktober 2008 erstmals ein deutscher Verteidigungsminister erklärte, deutsche Soldaten seien „im Einsatz für den Frieden *gefallen*“ (Kursivsetzung, UF/UR), erklärt Dörfler-Dierken als „Melange von soldatischem Traditionalismus und politischem Kalkül“ (ebd.: 154). Sie interpretiert diese Begriffsverschiebung also als den Versuch, eine Kompromissformel zwischen dem aktualisierten soldatischen Ehrpathos der Streitkräfte einerseits und andererseits der politischen Kultur einer postheroischen Gesellschaft und deren zivilmächtiger Außenpolitik zu formulieren. Den Toten der Streitkräfte wird auf diese Weise zuerkannt, einen besonders ehrenhaften Tod – auch im Vergleich zu zivilen Helfern – erlitten zu haben, doch die letzten Wertebezüge und Sinnstiftungen sollen sich von dunkleren Tagen der deutschen Geschichte deutlich unterscheiden. Das soldatische Selbstopfer dient in

den regierungsamtlichen Diskursen zuvorderst dem „Frieden“ – und zwar laut Grundgesetz dem Frieden der ganzen Welt – und nicht unmittelbar und exklusiv dem Vaterland. Dies lässt sich zugleich als Versuch interpretieren, die Differenzierung zwischen Gefallenen und Getöteten zu suspendieren, die Minkler zufolge den Unterschied zwischen den Toten der klassischen Kriege und denen der militärischen Interventionen markiere. Die Beachtung „dieser Differenz schreibt die Staatsräson vor, weil die terminologische Vermischung von Krieg und Intervention in postheroischen Gesellschaften zwangsläufig dazu führen würde, dass es überhaupt keine militärischen Interventionen mehr gäbe. Daran kann nicht der geringste Zweifel bestehen“ (Minkler 2008: 29). Die solcherart vorgenommene Vermengung des Friedensbegriffs des Grundgesetzes mit dem alten Vokabular von „Krieg, Kampf und Gefecht“ fordere eine Überprüfung des Mandats und die Stellungnahme der Bevölkerung geradezu heraus (Dörfler-Dierken 2010: 153).

Ganz in diesem Sinne heißt es andernorts, dass bei Traueransprachen – auch nach mehr als 50 Jahren demokratischer Entwicklung – die Frage nach dem „Wofür“ des Soldatentods seitens der Streitkräfte noch immer mit innermilitärischen Deutungsmustern unterlegt werde, „die nur auf die Funktion des Betroffenen, auf seine Leistung im Kampf und sein Pflichtbewusstsein abheben“ (Schmidt 2008: 67). So argumentierte etwa der frühere Vorsitzende des Bundeswehrverbands, Oberst Bernhard Gertz, dass der Begriff „gefallen“ der Logik des Befehls gehorche und damit dem Soldatentod im Einsatz einen höheren Sinn verleihe. Wer als Kämpfer im Krieg gegen die Terroristen tätig sei, erleide einen besonderen Tod. Es gehe darum, das Selbstopfer der getöteten Soldaten sinnstiftend zu interpretieren (paraphrasiert nach Dörfler-Dierken 2010: 144). Diese Forderung korrespondiert mit dem Befund, die SoldatInnen monierten, dass die Gesellschaft keine Antwort auf die Frage nach dem Sinn der Streitkräfte und ihrer Einsätze formuliere (Bake 2010: 134). Auch die Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) 10/1 Innere Führung unterstütze dieses Selbstbild, insofern deren Wertekanon „zwar vom Grundgesetz her interpretiert werden soll“, jedoch an traditionelle soldatische Selbstbeschreibungen anschlussfähig bleibe und

die SoldatInnen als „tapfer – treu und gewissenhaft – kameradschaftlich (...) – diszipliniert“ (BMVg 2008: Ziff. 507) bezeichne (Dörfler-Dierken 2010: 154).²

Ähnlich beschreibt auch Klaus Naumann den Ton der offiziellen Traueransprachen als „zwischen der Anrufung übernationaler humanitärer Werte und der Bekräftigung zeitloser Soldatentugenden“ changierend (Naumann 2008: 172). Im Mikrokosmos der Trauerfeiern stießen die demilitarisierte und postheroische Gesellschaft und Politik, „die für die existenziellen Konsequenzen ihrer eigenen Sicherheitsbedürfnisse kaum noch eine angemessene Sprache oder verbindliche Riten zur Verfügung hat, weil sie vollends damit beschäftigt ist, den Tod – die ultimative Herausforderung personaler Sicherheit – auf Distanz zu halten“ auf remilitarisierte Streitkräfte, „deren traditionelles Wertesystem offenbar die stabilste Legitimationsquelle für die Rechtfertigung existentieller Verluste zur Verfügung“ stelle (ebd.: 172). Wilfried von Bredow (2010: 123) gelangt zu einem sehr ähnlichen Schluss, wenn er davon ausgeht, dass es für den Fall, die Rahmenbedingungen der Bundeswehr und ihrer Einsätze würden von den Streitkräften und der Gesellschaft auf je unterschiedliche Art und Weise interpretiert, zu „zivil-militärischen Missverständnissen“ bzw. „kognitiven Dissonanzen“ kommen könne, evtl. sogar zur Gefährdung „für die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft“. Diese Gefahr zeige sich, so von Bredow, exemplarisch in der nur „mühselig in Gang gekommenen Debatte über den „Sinn“ des Soldatentods deutscher Soldaten in Afghanistan“ (ebd.: 124). Zu befürchten stünde entsprechend eine Entwicklung, in der sich die öffentliche Sprache immer mehr den Erwartungen der Streitkräfte annähere, sich hierbei zusehends weiter martialisiere und so zu einer Sprache werde, die in der

² Als weiterer Hinweis auf die bundeswehrinternen Wertebezüge mag die folgende Sequenz der Heeresdienstvorschrift 100/100 dienen: „Kameradschaft erweist sich im Handeln und im rechten Einstehen für einander. Sie ist das Band, das die Truppe in allen Lagen fest zusammenschließt und unabdingbar für ihre Standfestigkeit und Leistung. Sie entwickelt sich bereits im täglichen Dienst in „kleinen Kampfgemeinschaften“ und vertieft sich im gemeinsamen Erleben des Einsatzes. Sie bewährt sich in Augenblicken der Gefahr und besonderer Belastung, verbindet Führerinnen bzw. Führer und Geführte, gibt Halt und Zuversicht und erleichtert die Führung“ (zitiert nach Biehl 2010: 155).

friedlichen deutschen Zivilgesellschaft nicht gesprochen werde (Dörfler-Dierken 2010: 150).

Im Hinblick auf das grundlegende Forschungsinteresses unseres Projektes ist außerdem die Beobachtung interessant, dass bislang die Veränderbarkeit der Wertebezüge „nicht beachtet und nirgends diskutiert wurde“, etwa der Umstand, dass der Soldat früher etwa „für Gott, Volk oder Vaterland“ fiel, jetzt aber „dieses höhere Gut, das dem Soldatentod Sinn verleihen soll, mit dem emotional und in der christlich-abendländischen Tradition hoch besetzten Begriff „Frieden“ angegeben“ werde. Dabei beängstige „die Austauschbarkeit derjenigen Güter, für die das Menschenleben eingesetzt und gegebenenfalls dahingegeben bzw. verloren“ werde. Dies werfe die Frage auf, ob der Soldat auch für „Sicherheit“ oder für „deutsche Interessen“ sein Leben geben könne oder dürfe bzw. ob es im ethischen Sinne „recht“ sei, wenn SoldatInnen „in der Auseinandersetzung um Öl oder andere Rohstoffe“ fielen (Dörfler-Dierken 2010: 148).

Die Auswirkungen der neuen Einsatzrealität und des „Soldatentods“ auf die Bundeswehrkultur

Eine weitere Studie gelangt zu dem Schluss, dass die Bundeswehr durch die Auslandseinsätze in zwei Gruppen geteilt werde: In eine Gruppe, die über Einsatzerfahrung verfüge und eine zweite, die an den Einsätzen nicht unmittelbar partizipiere. Im Laufe des Auslandseinsatzes erfolge eine „zweite militärische Sozialisation“, an deren Ende aus der Soldatin ein „Einsatzsoldat“ werde, als Teil einer „Einsatzkameradschaft“. Es entstünde dabei eine „einsatzspezifische Gemeinschaft“, die sich durch eine Identität mit eigenen Handlungs- und Denkmustern auszeichne. Diese Einsatzkultur tradiere sich seit nunmehr 1992 von Auslandseinsatz zu Auslandseinsatz, von Kontingent zu Kontingent fort (Tomforde 2010: 206). Dabei führe gerade die real gewordene Verletzungs- und Tötungsgefahr dazu, dass die SoldatInnen zur Vorbereitung auf den Auslandseinsatz über

informelle interne Strukturen einsatzspezifisches Wissen erwerben und weitergeben und auf diese Weise die sogenannte „Subkultur Einsatz“ reproduziert wird (ebd.: 209). In diesem Zusammenhang verweist Tomforde auf die gängige Praxis, die ordentlichen Uniformnamensschilder der im Ausland eingesetzten SoldatInnen vorschriftswidrig zu modifizieren. Oft würden dort Kosenamen in die korrekte Namensbezeichnung integriert, um die Zugehörigkeit zur kameradschaftlichen Ersatzfamilie zu symbolisieren (ebd.: 211). Die von Tomforde als „Subkultur Einsatz“ bezeichnete Struktur kollektiven Handelns unterläuft also der Tendenz nach die Werte Disziplin und Formalismus der offiziellen Bundeswehrkultur.

Dem damit angesprochenen Phänomen militärischer Subkulturen nähert sich der Soziologe Erhard Stölting (2010: 34f) über den Begriff der „informellen Strukturen“ im Sinne sozialer Regelwerke, die nicht schriftlich fixiert wurden, die jedoch das Funktionieren von Organisationen überhaupt erst ermöglichen. Diese informellen Regeln bestimmen darüber, wie mit offiziellen, schriftlich fixierten Regeln umzugehen sei. Dabei sähe sich das Mitglied einer Organisation „häufig subjektiv nicht der Organisation als ganzer unmittelbar verpflichtet, sondern nur vermittelt über die spezifische interorganisatorische Subkultur, in die es integriert ist“. Für SoldatInnen bedeutet dies, dass sie sich der Armee bzw. dem Staat so verpflichtet fühlten, wie es die spezifische innerorganisatorische Subkultur verlange:

„Wenn diese Subkultur patriotische Gesinnung und patriotisches Handeln verlangen und positiv sanktionieren, dann werden sich die einbezogenen Soldaten tendenziell an diesen Normen orientieren. Wo diese Subkultur Regelverletzungen positiv sanktioniert, werden Regelverletzungen eher die Regel sein“ (Stölting 2010: 135).

Das Ehrenmal der Bundeswehr als diskursiver Knotenpunkt

Insofern die immer lebensgefährlichere Einsatzrealität also den Bedarf an Sinnstiftung in einer bis Anfang/Mitte der 1990er Jahre diesbezüglich vollkommen

unerfahrenen bundesdeutschen Gesellschaft verstärkt hat³, entstanden als Reaktion auf den Soldatentod zunächst in den Feldlagern improvisierte Orte des Gedenkens. Später errichtete die Bundesregierung auf dem Gelände des Bendlerblocks unter Regie des Bundesverteidigungsministers ein Ehrenmal für die *meisten* der seit Gründung der Bundeswehr im Dienst ums Leben gekommenen Angehörigen der Streitkräfte.⁴ Besonders Ort und Ausgestaltung dieses Ehrenmals sowie die in diesem Zusammenhang geführten bzw. nicht-geführten politischen und gesellschaftlichen Diskussionen wurden in jüngerer Zeit Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtungen. Jede Form des „politische Totenkults“ (Koselleck) ziele letztlich darauf ab, die Sinnhaftigkeit des Soldatentods in Form von Denkmälern zu symbolisieren (Koselleck 1979; Hettling 2008: 18):

„Es wird nicht nur gestorben, sondern ebenso gestorben für etwas. Dabei mag zunächst offenbleiben, wer darüber befindet, wofür gestorben wird: der Tötende oder der Sterbende, oder die Handlungsgemeinschaft, innerhalb derer die Beteiligten oder Betroffenen agieren, oder alle zugleich, wenn auch auf verschiedene Weise“ (Koselleck 1979: 257 zitiert nach Palonen 2004: 286).

Während die private Erinnerung den Toten als ehemals Lebende gedenken möchte, setze sich der öffentliche „Gefallenenkult“ mit „dem Charakter und der Bedeutung, mit dem Sinn ihres Todes“ auseinander (Kruse 2008: 34). Das „Dilemma militärischen Totengedenkens in der postheroischen Gesellschaft“ besteht nun jedoch darin, so Münkler (2008: 28), „dass die Gesellschaft solche Erinnerung zwecks Selbstvergewisserung nicht braucht, ja geradezu ablehnt, wohingegen die

³ Als grundlegende Problematik erweist sich hierbei, dass die bundesdeutsche Gedenkpraxis bislang den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft gilt, sich heute aber die Frage stellt, wie toten Soldaten gedacht werden soll, die „auf der Grundlage parlamentarischer Entscheidungen in Auslandseinsätze geschickt“ worden sind (Hettling/Echternkamp 2008: 7). „Denn wer Soldaten zu aktivem kriegerischem Handeln entsendet, kann die Gefallenen kaum als »Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft« in Erinnerung behalten“ (Hettling 2008: 15).

⁴ Jenen SoldatInnen, die sich während ihrer Dienstzeit das Leben nahmen und nehmen, wird dort jedoch nicht gedacht. Für Judith Butler (2010: 9f) bestimmen *frames* darüber, welches Leben als betrauerbar gilt und welches nicht. Gleiches ließe sich mit Blick auf den Tod deutscher SoldatInnen ebenfalls sagen. Selbstmorde werden dabei anders gerahmt als Unfälle und durch externe Gewalt verursachte Todesfälle.

Politik ihrer bedarf, um darüber generalisierten Dispens für die Opfer der Einsätze zu erlangen.“

Im konkreten Fall des im September 2009 auf dem Gelände des Bendlerblocks eingeweihten Ehrenmals der Bundeswehr sei angesichts der postheroischen Grundhaltung der Gesellschaft besonders der Umstand problematisch, dass darin „eine ungewollte Legitimation gegenwärtiger und vor allem zukünftiger Einsätze“ gesehen werden könne. Dies symbolisiere „die menschlichen Kosten eines in die Zukunft hin offenen Projekts“ (Münkler 2008: 24). Da „das vertraute Totengedenken sich auf prinzipiell abgeschlossene Ereignisse“ beziehe und „gleichsam einen Schlussstrich unter sie“ darstelle (ebd.:24), führe das neue Ehrenmal zu Irritationen in der deutschen Öffentlichkeit: „Irritation über neue Formen des Krieges, in die man mit einem Mal verwickelt ist, und das einer postheroischen Gesellschaft eigene Zurückschauern davor“ (ebd.). Denn: Mahnmale in Deutschland stünden bislang für die Gewissheit, dass zu den Opfern der Kriege keine weiteren mehr dazukämen (vgl. ebd.). Diese problematische Verlagerung von einer bislang ex post vollzogenen Identitätsstiftung durch die Überlebenden hin zu einer ex ante formulierten Sinnstiftung des sich erst zukünftig ereignenden Todes deutscher Soldaten markiert jedenfalls ein Novum im politischen Totenkult Deutschlands (Kruse 2008: 44). Klaus Naumann argumentiert, dass die Öffentlichkeit nicht dazu bereit sei, den Tod der im Auftrag der Republik tätigen Soldaten als *Sacrifice* zu identifizieren, sondern die Toten stattdessen als *Victims* auffassen möchte. Insofern die Verluste nicht im Rahmen von unausweichlichen *Wars of Necessity* erlitten würden, sondern heute nur noch *Wars of Choice* geführt würden, fiele die politisch notwendige Aufgabe der Begründung dieser Verluste in einer postheroischen Gesellschaft alles andere als leicht. Hier zeige sich, dass die Republik auf ein „Bündnis mit ihren Toten“ angewiesen sei, wenn sie mit dem Problem fertig werden wolle, ihre eigenen

Bürgerinnen und Bürger auf bewaffnete Auslandsmission und damit in den – möglichen – Tod zu schicken (Naumann 2008: 164f).⁵

Implikationen für das Forschungsinteresse

In der Gesamtschau legen die oben erörterten Befunde des Forschungsstands es nahe, einige der dort thematischen Fragen in das Forschungsinteresse unseres Projektes zu integrieren. Besonders die Frage, wie sich die Inhalte der formulierten Antworten bezüglich des *Sinns* des Soldatentodes im Laufe der Zeit in den drei Teildiskursen (also: militärisch, regierungsamtlich und parlamentarisch) jeweils entwickeln, soll intensiv erforscht werden. Damit ist zweitens die Frage nach *semantischen Veränderungen* auf das Engste verknüpft. Lassen sich in den Diskursen Veränderungen der Leitbegrifflichkeit rekonstruieren und wie nehmen die drei Teildiskurse in ihren Beschreibungen des Soldatentods auf die jeweils anderen beiden Teildiskurse Bezug? Diese Frage schließt schließlich drittens an eine weitere Dimension der grundlegenden Fragestellung an, die sich unmittelbar aus dem Forschungsstand ergibt: Wie werden in den drei Soldatentodteildiskursen die *Beziehungen* von Parlament bzw. Gesellschaft, Exekutive und Streitkräften beschrieben und welche Entwicklung lässt sich in dieser Dimension nachzeichnen?

III Theoretisch-Methodologische Einbettung des Forschungsvorhabens

⁵ Ferner wurde kritisiert, dass der Standort des Ehrenmals die Nähe zum Dienstherrn, nicht aber zum politischen Souverän ausdrücke und „das Wie des Einsatzes, d.h. die funktionale Pflichterfüllung“ stärker im Mittelpunkt stehe als „das Wofür“ des politischen Wertbezugs (Hettling 2008: 19). Zudem erhebe die Inschrift „Den Toten unserer Bundeswehr, für Frieden, Recht und Freiheit“ das Ehrenmal zwar „zum staatlichen Denkmal“, verbinde damit aber keine „besondere Symbolisierung des demokratischen Gehalts des Souveräns“ (ebd.: 20) bzw. „verkläre das Pathos...den Tod aller, also auch derer, die bei Unfällen ums Leben kamen, zum Heldentod“ (Meyer 2011: 212). „Gewollt oder ungewollt“ erinnere diese Gestaltung „an die Heldenverehrung früherer Krieger, die ihr Leben „fürs Vaterland“ auf dem „Felde der Ehre“ oder gar für „Führer, Volk und Vaterland““ verloren (ebd.). Daneben wurde auch der Verzicht auf „breite demokratische Legitimation im Findungsverfahren“, wie sie „in Form von Diskussions- und Wettbewerbskultur“ seit zwei Jahrzehnten in Berlin üblich sei, kritisiert (Endlich 2008: 129).

Die Durchführung eines Forschungsvorhabens hat zur Voraussetzung, dass sich die daran beteiligten Forscherinnen und Forscher darüber verständigen, *wie* sie vorgehen wollen. Dieser Schritt erschöpft sich indes nicht in Überlegungen über das konkrete Vorgehen, berührt also nicht nur methodische Fragen, sondern setzt auch eine Reflektion darüber voraus, auf der Grundlage von welchen weiterführenden sozialtheoretischen Annahmen überhaupt so vorgegangen werden kann wie je spezifisch vorgegangen werden soll. Letzteres ist das Ziel dieses Abschnittes, in dem folglich das methodologische Überzeugungsgerüst der Autoren dargelegt wird.

Wir gehen davon aus, dass die Gesamtheit der Untersuchungsgegenstände, auf die sich das Erkenntnisinteresse von Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaftlern potentiell richten könnte, von einem gemeinsamen „Merkmal“ gekennzeichnet ist: Sie verweisen auf Sinn und Bedeutung und damit auf menschliches Handeln, auf soziale Praxis. Menschliches Handeln wiederum verstehen wir im Anschluss an die pragmatistische Sozialtheorie und Philosophie – und hier insbesondere im Anschluss an Charles Sanders Peirce (1839-1914) – als von Regeln erzeugt. Diese Regeln sozialer Interaktion – als *beliefs as rules for action* – lassen sich synonym als Überzeugungen bezeichnen. Ob die Handelnden über eine bewusstseinsmäßige Repräsentanz dieser Regeln/Überzeugungen verfügen, ist dabei nicht entscheidend (ebenfalls keine Differenzierung erfolgt zwischen Sprechen und Handeln oder zwischen Denken und Handeln). Auf dieser Grundlage verstehen wir Forschung als einen Prozess, der auf die *Rekonstruktion* jener das menschliche Handeln erzeugenden, bewussten und unbewussten *Regeln bzw. Überzeugungen* gerichtet ist. Bevor wir uns den methodischen Aspekten dieses Zusammenhangs zuwenden, insbesondere der Frage, welche Überzeugungen wie und anhand welcher Daten rekonstruiert werden sollen, ist es zunächst erforderlich, die sozialtheoretischen Implikationen des (mehr oder weniger) synonymen Verhältnisses von sozialem Handeln, Regelmäßigkeit und (intersubjektiv geteilter) Bedeutung näher zu beleuchten.

Menschliches Handeln gilt uns als regelgeleitet und just daher als per se sozial. *Man kann eine Regel nicht privat befolgen*, wie es aphoristisch bei Wittgenstein heißt. Mit

dem Frankfurter Soziologen Ulrich Oevermann kann man zudem sagen, dass Regeln auf Sequentialität verweisen, auf ein Nacheinander also – ein Nacheinander von Handlungen. Keine Handlung erfolgt für sich genommen. Jeder Akt, jede Handlung ist eingebettet in andere Handlungen; so wie jeder Handlung eine Handlung vorausgegangen ist, folgt ihr eine andere nach. Menschliches Handeln bildet demnach einen unendlichen Handlungsstrom, ein ewiges Aufeinanderfolgen und Sich-aufeinander-Beziehen von per se sozialen Akten.

Wie oben angedeutet sind es jedoch nicht nur die Begriffe von sozialem Handeln und Regelmäßigkeit, die als unmittelbar aufeinander verweisend vorgestellt werden; auch die Kategorie intersubjektiv geteilter, objektiver Bedeutung gehört untrennbar in diesen Zusammenhang. Der pragmatistische Sozialphilosoph George Herbert Mead (1863-1931) hat die Entstehung von intersubjektiv geteilter, objektiver Bedeutung wie folgt erklärt: Am Beispiel der Gestenkommunikation zweier kämpfender Hunde verdeutlicht Mead zunächst, dass es die Reaktion des einen Hundes auf die (vokale) Geste des anderen ist, welche diese Geste zu etwas Objektivem macht, zu etwas, das durch objektiven Sinn bzw. objektive Bedeutung konstituiert ist.⁶ Sobald eine vokale Geste für das Exemplar einer Gattung, das die Geste hervorbringt, die (annähernd) gleiche Bedeutung trägt wie für das Exemplar, welches darauf reagiert, ist die Geste zu einem „signifikanten Symbol“ geworden, „zu dem, was wir ‚Sprache‘ nennen“ (Mead 1973: 85).⁷ Daraus folgt, dass intersubjektiv geteilte, objektive Bedeutung nicht dadurch entsteht, dass subjektiv gemeinte Bedeutungen aufaddiert oder gemittelt werden. Im Gegenteil: die Möglichkeit subjektiver Bedeutungszuschreibungen wird erst dadurch hervorgebracht, dass intersubjektiv geteilte Bedeutungen vorliegen.

⁶ Damit ist dann aber auch gesagt, dass die Bedeutung eines Zeichens, eines Wortes oder eines Begriffs nicht im „subjektiven“ Sinn wurzelt, sondern von potentiell möglichen Reaktionen und Interpretationen der sozialen Umwelt abhängt. Nichts anderes bringt die sogenannte pragmatistische Maxime von Charles Sanders Peirce zum Ausdruck: „Consider what effects that might conceivably have practical bearing you conceive the object of your conception to have. Then your conception of those effects is the WHOLE of your conception of the object“ (Peirce 1966: 192, Hervorhebung im Original).

⁷ Herbert Blumer hat Meads Ideen entsprechend zur Theorie des *symbolischen Interaktionismus* weiterentwickelt und umgestaltet.

Bezogen auf Meads Beispiel subhumaner, aber doch sozialer Akte im Falle der mittels vokaler Gesten kommunizierender Hunde bedeutet dies: erst nachdem das Knurren des einen Hundes zu einem Zurückweichen des anderen Hundes geführt hat, vermag der knurrende Hund seinem Knurren die Bedeutung (respektive: Funktion) zuzuweisen, Artgenossen auf diese Weise zurückzudrängen, in die Flucht zu schlagen oder Ähnliches.⁸ Oder ganz allgemein: Erst nachdem die Mitglieder einer Gattung diese Stufe der innergesellschaftlichen Verständigung erreicht haben, ist es ihnen möglich, die Haltung der anderen gegenüber ihren eigenen signifikanten Gesten einzunehmen. Dass sozialisierte und sprachfähige Exemplare der Gattung Mensch zumeist wissen (oder wissen könnten), welche Reaktionen ihr Handeln bei dessen Adressaten auslöst, ändert nichts an der grundsätzlichen Tragweite des Zusammenhangs, den Mead hier gedankenexperimentell verdeutlicht.

Im Lichte der vorstehenden Ausführungen lassen sich unsere basalen methodologischen Überzeugungen somit als deutlich von der pragmatistischen Sozialtheorie und Philosophie geprägt zusammenfassen. Handeln wird als regelgeleitet erzeugt und von daher als per se sozial begriffen. Die Bedeutung von Handeln besteht in den Wirkungen, die es hervorruft – bei denjenigen, an die es adressiert ist bzw. die es betrifft – kurz: bei denen, auf die es sich *auswirkt*. Daran knüpft sich unsere zweite methodologische Grundüberzeugung, die auf das Problem verweist, wie denn soziales, regelgeleitetes menschliches Handeln zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Erkenntnisoperationen gemacht werden kann – und d.h. vor allem: auf Basis welcher Annahmen die darin sich manifestierenden (Handlungs-)Regeln rekonstruiert werden können. Unsere Antwort orientiert sich stark an derjenigen, die der seinerseits auf die Sozialtheorie und Philosophie des

⁸ Im Sinne der Differenz von Handeln und Verhalten, von selbstbestimmtem, reflektiertem Agieren einerseits (Handeln) und mehr oder weniger fremdbestimmtem, unbewusstem Ausagieren un- bzw. vorbewusster Schemata (Verhalten) infolge genetischer Dispositionen etwa, andererseits, geht es hier keinesfalls darum, ob Mead Hunden die Fähigkeit zu Handeln (anstelle bloßen Verhaltens) zugeschrieben haben könnte. In weniger emphatischem Sinne (als dies beim deutschen Begriff „soziale Handlung“ der Fall ist) spricht Mead lediglich von „social act“ (als, ähnlich wie seine Verwendung von „behavior“, einer Art Oberbegriff von Handeln und Verhalten).

amerikanischen Pragmatismus rekurrierende Oevermann auf dieses Ausgangsproblem formuliert hat: Handlungen, die in der Flüchtigkeit des Hier und Jetzt, der Sphäre des unmittelbaren Erlebens, erfolgen, können wie Texte gelesen und gedeutet werden, sofern sie der Unmittelbarkeit des Augenblicks ihres Sich-Ereignens in Form eines Protokolls entrissen und gleichsam auf Dauer gestellt worden sind. Nach der Synonymie von (objektiver, intersubjektiv geteilter) Bedeutung, (per se sozialem) Handeln und Regelmäßigkeit besteht unsere zweite methodologische Grundüberzeugung somit in einem erweiterten Textbegriff. Dieser umfasst nicht nur schriftsprachliche Texte (Texte im engeren Sinne), sondern alle Gegenstände der (human-)sozialen Welt, die, da sie durch Sinn und Bedeutung konstituiert sind, sämtlich als Text gelesen werden können. Kurz: auch abstrakte Kunst, Skulpturen, Plastiken, Karten, Luftbilder oder Landschaften sind als Texte interpretierbar. Während die Interpretation schriftsprachlicher Texte an die Bedingung von Kenntnissen der jeweiligen Textsprache gebunden ist, will man nicht oder nicht ausschließlich auf Übersetzungen zurückgreifen, so bedarf es im Falle gesprochener „Texte“ einer Verschriftung (als klassisches Beispiel mag hier die Transkription von Interviews gelten) und im Falle nicht-sprachlicher Texte wie abstrakter Kunst, Luftbilder oder Gedenkstätten einer Versprachlichung der jeweiligen Wahrnehmungsinhalte (vgl. Oevermann 1996: 2; Oevermann 2000: 108f).⁹ Kurz gefasst lautet die zentrale Implikation unserer zweiten methodologischen Grundposition also: Die Textförmigkeit und damit die Lesbarkeit bzw. Interpretierbarkeit eines sozialen Gebildes, von menschlichen Handlungen und daraus entstandenen Artefakten, hängt allein davon ab, ob diese prinzipiell versprachlichbar sind. Wir begreifen die Welt, wenn wir sie deuten wollen, die Welt als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Erkenntnisoperationen, also als Text,

⁹ Für Angehörige von auf Schriftsprachlichkeit fixierten Kulturen mag dieser der Interpretation vorgelagerte Schritt der Versprachlichung als (allzu) beschwerlich erscheinen (die Autoren nicht ausgenommen). Doch dürfte es für des Japanischen *nicht* mächtige Mitteleuropäer nicht einfacher sein, eine japanische Landschaft oder die Skulptur einer japanischen Künstlerin zu deuten als einen Text in japanischer Sprache?

verkürzen sie – ontologisch – aber nicht darauf, ein Text zu sein. Das Leben wird als Text gedeutet, ist diesem (sozialwissenschaftlichen) Deutungsakt aber vorgängig. Bevor eine Lebensäußerung im Lichte einer Forschungsfrage interpretiert werden kann, muss sie sich zugetragen haben; dass die an der Entstehung dieser Lebensäußerung beteiligten Individuen immer schon in Deutungsprozesse verwickelt sind, wird damit nicht bestritten. Im Gegenteil: dieser (unmittelbare) Verweis auf Sinn und Bedeutung stellt ja gerade die zentrale Bedingung dafür dar, dass soziales Handeln und seine Hervorbringungen (sofern sie in Form eines der Flüchtigkeit des Hier und Jetzt entzogenen Protokolls vorliegen) interpretiert werden können. Wie solche Interpretationen erfolgen und mit Blick auf welche konkrete Fragestellung welche Daten interpretiert werden sollen, ist Gegenstand des folgenden Abschnitts.

IV Vorgehensweise

Die Ausgangsbeobachtung des geplanten Forschungsvorhabens ist, wie eingangs erwähnt, Folgende: Im Kontext des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr gewinnt ein Thema erkennbar an Relevanz, welches seit Ende des Zweiten Weltkrieges aus dem politischen Diskurs in Deutschland verschwunden war: der Soldatentod, d.h. Todesfälle von Soldaten im Einsatz infolge gezielter Akte *äußerer* Kräfte. Dies wirft die Frage auf, welche Wertebezüge i) militärische, ii) parlamentarische und iii) regierungsamtliche Kommunikationen zum Soldatentod aufweisen und wie sich diese Wertebezüge in den drei zu untersuchenden Teildiskursen im Laufe des Einsatzes verändert haben. Der Begriff „Wertebezüge“ ist dabei extensiv zu verstehen: Welche Ideen, Begriffe bzw. Bedeutungen werden diskursiv mit dem Soldatentod verknüpft, auf welche Art und Weise erfolgt dies und welche Entwicklung lässt sich dabei (über Zeit) rekonstruieren?

Vor diesem Hintergrund lässt sich weiterhin danach fragen, welche Auswirkungen der Soldatentod auf das Verhältnis von Streitkräften und Exekutive, von Streitkräften und Legislative/Gesellschaft, sowie von Legislative/Gesellschaft und Exekutive

zeitigt. Mit anderen Worten: Welche Wirkungen übt der Soldatentod zum Beispiel auf die streitkräfteinterne Loyalitätsstruktur gegenüber der größeren Gesellschaft, welche Wirkungen übt er auf die Loyalitätsstrukturen der Streitkräfte gegenüber der Regierung, dem Parlament und der Gesellschaft¹⁰ aus? Welche Werte gewinnen und welche verlieren in diesem Zusammenhang an Bedeutung?

Was das Verhältnis von Streitkräften und Legislative anbetrifft, so stellt sich angesichts der im Forschungsstand vorliegenden Thesen insbesondere die Frage, ob das Phänomen des Soldatentods sich auf die demokratische Kontrolle der Streitkräfte auswirkt. Zudem ist von Interesse, welche Werte und Ziele zukünftig das Sterberisiko und die Sterbebereitschaft der Soldatinnen und Soldaten der Bundesrepublik Deutschland begründen (sollen): *Wofür* sind die Soldaten gestorben bzw. für welche Werte sollen die Soldaten zukünftig zu sterben bereit sein? Mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland heißt dies nichts weniger als: Was ist der konkrete Inhalt der „letzten und höchsten Ziele“ unserer Demokratie und welche Rückschlüsse lassen diese Selbstbeschreibungen im Blick auf die perzipierte weltpolitische Rolle der Bundesrepublik zu?

Diese Fragen sollen, wie aus der theoretisch-methodologischen Einbettung des Forschungsvorhabens hervorgegangen ist, auf dem Weg der Interpretation von Texten beantwortet werden. Da, wie im selben Abschnitt betont wurde, jeder Ausschnitt der Welt, der zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Erkenntnisoperationen gemacht wird, als Text aufgefasst wird, kommt dem Aspekt der Auswahl der zur Beantwortung einer bestimmten Forschungsfrage heranzuziehenden Texte und Textgattungen herausragende Bedeutung zu. Eine zentrale Differenz, die in diesem Zusammenhang einzuziehen ist, ist jene zwischen

¹⁰ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass im Rahmen des Forschungsvorhabens mutmaßlich auf eine Einbeziehung von der größeren Gesellschaft zuschreibbaren Positionen verzichtet wird. Die Systematik dieser Aufgabe liegt zwar klar auf der Hand – in Form einer Auswertung von Leitartikeln aus je einer progressiven, konservativen und zentristischen überregionalen Tageszeitung – der Aufwand und damit die Kosten dieses Schritts werden aber (nicht zuletzt aufgrund der Fülle an alternativ verfügbarem Datenmaterial) als zu hoch eingeschätzt.

Handlungstexten bzw. Protokollen, in denen ein für relevant erachtetes soziales Handeln, ein für relevant erachteter Ausschnitt sozialer Wirklichkeit, sich immer schon selbst beschrieben hat einerseits oder nur bzw. maßgeblich durch das Zutun der Forscher entstanden ist andererseits. Während zu den Prototypen des erstgenannten Beispiels Protokolle von Parlamentssitzungen oder Regierungserklärungen gehören, zählen zur zweiten Gruppe etwa Interviews mit Personen, denen eine zentrale Rolle bei der Entstehung untersuchungsrelevanter Handlungen und Artefakte zugeschrieben wird. Im Rahmen des geplanten Forschungsvorhabens zu den Wirkungen des Soldatentods wird eine Forschungsstrategie angestrebt, die auf beiden Text- bzw. Protokolltypen basiert. Zwar wird veröffentlichten Verlautbarungen von Parlament, Regierung und Streitkräften eine Art Vorrang eingeräumt, doch sollen Interviews gezielt an jenen Stellen eingesetzt werden, an denen eine besondere Tiefe angezeigt ist, wichtige Hintergrundinformationen nicht anders beschafft werden können und neue Daten generiert werden müssen. Besondere Bedeutung kommt Interviews zudem gerade dann zu, um die uns besonders interessierenden inoffiziellen Subkulturen der drei Teildiskurse zu rekonstruieren. Selbstverständlich dürfte dabei eine größere Schwierigkeit darin bestehen, amtierende Mitglieder der Bundesregierung zu einem ausführlichen Interview in ihrer Rolle als Regierungsmitglieder zu bewegen.

Im Einzelnen kommen mit Blick auf die Frage nach den Wertebezügen militärischer, parlamentarischer und regierungsamtlicher Kommunikationen zum Soldatentod im Zuge des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan bzw. der Frage nach möglichen Veränderungen dieser Wertebezüge im Verlauf des Einsatzes als mögliche Textgattungen für eine Interpretation in Betracht: (Parlaments-)Reden von Abgeordneten (insbesondere von Angehörigen der Fraktionsführungen oder des Parlamentspräsidiums etwa), Anträge von Fraktionen, Beschlüsse des Plenums, sowie offizielle Verlautbarungen des Wehrbeauftragten; Kabinettsbeschlüsse und (offizielle) Verlautbarungen von Kanzler(in), und einschlägiger Minister(innen), sowie offizielle Äußerungen von Angehörigen der Bundeswehr, vom

Generalinspekteur und den Spitzen der Teilstreitkräfte bis zu den untersten Rängen und Wehrdienstleistenden (in der Grundausbildung). Neben diesen höchst konventionellen Textgattungen (oder schlicht: Quellen) sollen darüber hinaus auch für die Politikwissenschaft eher untypische Textgattungen untersucht und bislang noch kaum betretene Pfade beschritten werden – etwa mit der Interpretation von offiziellen Beileidsbekundungen an die Hinterbliebenen von im Einsatz getöteten Soldaten, oder auch mit der Analyse allgemeiner Formen des Gedenkens wie der Rahmung von Schweigeminuten, den Abläufen von Trauerfeiern, Staatsakten und Gedenktagen, sowie der künstlerischen Gestaltung, zumindest aber den Inschriften, von Mahn- und Ehrenmalen für getötete Soldaten (ganz gleich ob im Bendlerblock in Berlin oder am Ort des kriegerischen Geschehens in Afghanistan).

Von der Form des Protokolls, dem Datentyp, völlig unabhängig ist derweil die Frage, *wie* die jeweiligen Texte, anhand denen die Forschungsfrage beantwortet werden soll, zu interpretieren sind. Den Autoren schwebt dabei ein rekonstruktives Vorgehen vor, wie es kennzeichnend ist für die *Grounded Theory* in der Variante von Strauss/Corbin (1990) und für Oevermanns objektive Hermeneutik (vgl. Oevermann 1996 und 2000). Beiden Verfahrensweisen liegt die Idee zugrunde, dass die Bedeutung(en) von Texten mithilfe jener (Handlungs-)Regeln als Überzeugungen aufgeschlossen werden können, die sie erzeugt haben, die also an ihrer Entstehung beteiligt waren. Hierbei greifen wir auf das dreigliedrige Kodierverfahren der *Grounded Theory* – offenes, axiales und selektives Kodieren – zurück und ergänzen dies auf methodischer Ebene durch die Technik der Sequenzanalyse der objektiven Hermeneutik (dabei werden die Sequenzanalysen in eigens anzufertigenden Memos verschriftet, damit die Interpretation intersubjektiv nachvollziehbar bleibt).

Zum Ende dieses Abschnitts sollen nun noch zwei Aspekte der geplanten Vorgehensweise herausgegriffen und kurz problematisiert werden: die oben erwähnte Interview-Option und die Möglichkeit eines internationalen Vergleichs des bundesrepublikanischen Falles. Was die Interviews anbetrifft, so schwebt uns ein nicht-standardisierter, höchst offener Befragungsstil vor, welcher der narrativen

Biographieforschung (vgl. Schütze 1983) und dem psychotherapeutischen Erstinterview (vgl. Argelander 1967) ähnlicher sein dürfte als dem fokussierten Interview (vgl. Merton/Kendall 1993). Entscheidend dürfte sein, von Beginn an einen Modus zu finden, der den Befragten die größtmögliche Chance bietet, relevante Sachverhalte in ihren eigenen Worten darzustellen, sie nicht zu unterbrechen und ihnen keine Worte oder gar Sätze in den Mund zu legen; präsent sein, aber dabei höchst defensiv – so lässt sich der Interview-Stil, der uns am geeignetsten erscheint, wohl am besten beschreiben.

Schließlich scheint es eine Option zu sein, die Ergebnisse, die am Fall der Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistan-Einsatz herausgearbeitet werden, mit den Wertebezügen zu kontrastieren, die militärische, parlamentarische und regierungsamtliche Äußerungen in anderen Staaten hervorbringen – am besten sogar während desselben Krieges, um dadurch die Besonderheiten des deutschen Falls mittels Kontrastierung noch besser erkennen zu können. Jenseits der Frage, ob für ein solches Vorhaben zusätzliche Mittel bereitgestellt werden können bzw. ob die entsprechenden Dokumente in autorisierten Übersetzungen oder mit fachlicher Hilfe in den jeweiligen Landessprachen (zuzüglich Übersetzungen) interpretiert werden sollen, wirft das methodische Vorgehen im engeren Sinne, das Interpretieren von Texten also, keine neuen Probleme auf. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist freilich die Auswahl der Staaten, die zu einem Vergleich herangezogen werden sollen. Diesbezüglich tendieren wir zuallererst zu den drei (neben der Schweiz und Skandinavien) vermeintlichen westlichen Musterdemokratien Großbritannien, Frankreich und USA. Diese bieten die Möglichkeit, den deutschen Fall mit der historischen Entwicklung der entsprechenden parlamentarischen, regierungsamtlichen und militärischen Teildiskurse zum Soldatentod in drei Demokratien zu vergleichen, in denen die Abwicklung von Kampfeinsätzen bereits viel stärker zur Routine geworden ist. Höchst instruktive Kontrastierungen dürften sich ergeben im Falle der USA durch ein Heranziehen von Material zu Afghanistan (seit 2001), dem Golfkrieg (1990/91),

dem Vietnamkrieg (1965-1973) und dem Zweiten Weltkrieg, im Falle Großbritanniens ebenfalls durch Material zu Afghanistan (seit 2001), dem Golfkrieg (1990/91) und dem Zweiten Weltkrieg – aber eben auch des Falklandkrieges (1982). Mit Blick auf Frankreich scheinen ebenfalls Afghanistan (seit 2001), der Golfkrieg (1990/91) und der Zweite Weltkrieg besonders bedeutsam – plus Algerien (1954-1962). Eine höchst interessante historische Vergleichsmöglichkeit böte zudem ein Blick in die deutsche Geschichte, konkret: der Zweite Weltkrieg, der Erste Weltkrieg, die (Reichs-)Einigungskriege und der hierzulande als „Befreiungskrieg“ geltende Anti-Napoleonische Krieg.

Bibliographie

- Altmann, Rüdiger (1962): *Das deutsche Risiko. Außenpolitische Perspektiven*, Stuttgart.
- Argelander, Hermann 1967: Das Erstinterview in der Psychoanalyse, *Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen*, Bd. XXI, 341-368, 429-512.
- Bake, Julika 2010: Das Bild vom demokratischen Soldaten: Erste Ergebnisse der empirischen Fallstudie zur Bundeswehr, in: Dörfler-Dierken, Angelika / Kümmel, Gerhard (Hrsg.), *Identität, Selbstverständnis, Berufsbild. Implikationen der neuen Einsatzrealität der Bundeswehr*, Wiesbaden, 129-136.
- Bald, Detlef 2008: Paradigmenwechsel der deutschen Militärpolitik – Von der Verteidigung zur Intervention, in: Peter Schlotter et al. (Hrsg.), *Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation – zivile Impulse – Europäische Einbindung*, Baden-Baden, 41-59
- Baumann, Rainer 2006: *Der Wandel des deutschen Multilateralismus*, Baden-Baden.
- Beck, Martin 2006: Germany and the Israeli-Palestinian Conflict, in: Maull, Hanns W. (Hg.): *Germany's Uncertain Power. Foreign Policy of the Berlin Republic*, Basingstoke, 260-272.
- Berger, Thomas U. (1998): *Cultures of Antimilitarism: national security in Germany and Japan*, Baltimore, Maryland.

- Biehl, Heiko 2010: Kampfmoral und Kohäsion als Forschungsgegenstand, in: Apelt, Maja (Hrsg.), *Forschungsthema: Militär. Militärische Organisationen im Spannungsfeld von Krieg, Gesellschaft und soldatischem Subjekt*, Wiesbaden, 139-162.
- Bierling, Stephan / Strobel, Christian 2010: Normalisierung versus Sonderweg, in: Glaab, Manuela et al. (Hrsg.), *Deutsche Kontraste 1990-2010*, Frankfurt, 137-169.
- Böckenförde, Stephan 2008: Verteidigung, Stabilisierung und Gefahrenabwehr: Eine Typologie der Bundeswehreinsätze vor dem Hintergrund internationaler Gewaltkonflikte, in: Ose, Dieter (Hrsg.), *Sicherheitspolitische Kommunikation im Wandel*, Baden-Baden, 23-35.
- Butler, Judith 2010: *Raster des Krieges*, Frankfurt/M.
- Dalgaard-Nielsen, Anja (2006): *Germany, Pacifism and Peace Enforcement*, Manchester.
- Diekmann, Andreas 1996: *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Reinbek: Hamburg.
- Dörfler-Dierken, Angelika 2008: Der Tod des Soldaten als Opfer. Protestantische Traditionslinien, in: Hettling, Manfred / Echternkamp, Jörg (Hg.) 2008: *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 75-84.
- Dörfler-Dierken, Angelika 2010: Identitätspolitik der Bundeswehr, in: Dörfler-Dierken, Angelika / Kümmel, Gerhard (Hrsg.), *Identität, Selbstverständnis, Berufsbild. Implikationen der neuen Einsatzrealität der Bundeswehr*, Wiesbaden, 137-160.
- Dörfler-Dierken, Angelika / Kümmel, Gerhard (Hrsg.) 2010: *Identität, Selbstverständnis, Berufsbild*, Wiesbaden.
- Duffield, John S. (1998): *World Power Forsaken. Political Culture, International Institutions and German Security Policy After Unification*, Stanford.
- Echternkamp, Jörg 2008: Kein stilles Gedenken. Die Toten der Wehrmacht im Erinnerungskonflikt der Bundesrepublik, in: Hettling, Manfred / Echternkamp, Jörg (Hg.) 2008: *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 46-57.
- Endlich, Stefanie 2008: Das Bundeswehr-Ehrenmal im Kontext der Berliner Denkmalslandschaft. Nationale und dezentrale Formen der Erinnerung, in: Hettling,

- Manfred /Echternkamp, Jörg (Hg.) 2008: *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 120-131.
- Franke, Ulrich 2010: *Die NATO nach 1989. Das Rätsel ihres Fortbestands*, Wiesbaden.
- Franke, Ulrich / Roos, Ulrich 2010: Rekonstruktionslogische Forschungsansätze, in: Masala, Carlo et al. (Hrsg.), *Handbuch Internationale Politik*, Wiesbaden, 285-303.
- Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred 2003: *Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme*, Wien: WUV-UTB.
- Geis, Anna 2008: Militär und Friedenspolitik – Dilemmata der deutschen „Zivilmacht“, in: Peter Schlotter et al. (Hrsg.), *Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation – zivile Impulse – Europäische Einbindung*, Baden-Baden, 60-82.
- Göler, Daniel 2010: Die strategische Kultur der Bundesrepublik – Eine Bestandsaufnahme normativer Vorstellungen über den Einsatz militärischer Mittel, in: Dörfler-Dierken, Angelika / Portugall, Gerd (Hrsg.), *Friedensethik und Sicherheitspolitik. Weißbuch 2006 und EKD-Friedensschrift 2007 in der Diskussion*, Wiesbaden, 185-199.
- Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W. (Hrsg.) 2001: *Germany as a Civilian Power? The foreign policy of the Berlin Republic*, Manchester.
- Hauswedell, Corinna (Hg.) 2009: *Soldatentod in heutigen Kriegen*, Rehbürg-Loccum.
- Hellmann, Gunther (2004a): Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus, in: *WeltTrends* 42 (Frühjahr), 12. Jahrgang, 79-88.
- Hellmann, Gunther (2004b): Von Gipfelstürmern und Gratwanderern: „Deutsche Wege“ in der Außenpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B11/2004, 32-39.
- Hellmann, Gunther / Roos, Ulrich 2007: Das Deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Analyse eines Irrwegs und Skizzen eines Auswegs, *INEF-Report* 92/2007.
- Hettling, Manfred 2008: Militärisches Totengedenken in der Berliner Republik. Opfersemantik und politischer Auftrag, in: Hettling, Manfred /Echternkamp, Jörg (Hg.) 2008: *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 11-21.

- Hettling, Manfred /Echternkamp, Jörg (Hg.) 2008: *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen.
- Jaberg, Sabine 2008: Abschied von der Friedensnorm? Urteile des Bundesverfassungsgerichts, verteidigungspolitische Grundsatzdokumente und die friedenspolitische Substanz des Grundgesetzes, in: Peter Schlotter et al. (Hrsg.), *Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation – zivile Impulse – Europäische Einbindung*, Baden-Baden, 83-106.
- Joetze, Günter (2006): Pan-European Stability: Still a Key Task?, in: Maull, Hanns W. (Hg.): *Germany's Uncertain Power. Foreign Policy of the Berlin Republic*, Basingstoke, 152-165.
- Katzenstein, Peter J. (1997): United Germany in an Integrating Europe, in: Ders. (Hg.): *Tamed Power. Germany in Europe*, Ithaca und London, 1-48.
- Kirste, Knut/Maull, Hanns W. (1996): Zivilmacht und Rollentheorie, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3:2, 283-312.
- König, René 1957: *Das Interview: Formen, Technik, Auswertung*, Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft (2. überarb. Aufl.).
- Koselleck, Reinhart 1979: Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: *Poetik und Hermeneutik VIII*, 255-276.
- Krippendorff, Ekkehart 2010: Für einen deutschen Pazifismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/2010, 91-97.
- Kruse, Wolfgang 2008: Strukturprobleme und Entwicklungsphasen des monumentalen Gefallenenkultes in Deutschland seit 1813, in: Hettling, Manfred /Echternkamp, Jörg (Hg.) 2008: *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 33-45.
- Maull, Hanns W. 1992: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik, in: *Europa-Archiv*, Folge 10/1992, 269-278.
- Maull, Hanns W. 2006: Introduction in: Ders. (Hg.), *Germany's Uncertain Power. Foreign Policy of the Berlin Republic*, Basingstoke, 1-12.
- Maull, Hanns W. 2008: Neue Deutsche Außenpolitik. Mehr Kontinuität als Wandel, in: Jesse, Eckhard / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.), *Neues Deutschland*, Baden-Baden, 125-140.

- Markovits, Andrei S./Reich, Simon (1993): Should Europe fear the Germans?, in: Huelshoff, Michael G. et al. (Hrsg.): *From Bundesrepublik to Deutschland. German Politics after Unification*, Ann Arbor.
- Mead, George Herbert 1973: *Geist, Identität und Gesellschaft*, Frankfurt a.M. [Mind, Self and Society, 1934].
- Mearsheimer, John J. (1990): Back to the Future. Instability in Europe After the Cold War, in: *International Security*, 15: 1, 5-56.
- Merton, Robert K./Kendall, Patricia 1993: Das fokussierte Interview (1945/46), in: Christel Hopf und Elmar Weingarten (Hg.): *Qualitative Sozialforschung*, Stuttgart: Klett (3. Aufl.), 171-204.
- Meyer, Berthold 2011: Flexibles Kunstwerk am Paradeplatz oder: Was für ein Denkmal braucht Deutschland für die toten Bundeswehr-Soldaten?, in: Buckley-Zistel, Susanne / Kater, Thomas (Hrsg.), *Nach Krieg, Gewalt und Repression*, Baden-Baden, 205-220.
- Miskimmon, Alister/Paterson, William E. (2006): Adapting to Europe? German Foreign Policy, Domestic Constraints, and the Limitations of Europeanization since Unification, in: Maull, Hanns W. (Hg.), *Germany's Uncertain Power. Foreign Policy of the Berlin Republic*, Basingstoke, 29-46.
- Morgenthau, Hans J. (1951): Germany: The Political Problem, in: Ders. (Hg.): *Germany and the Future of Europe*, Chicago, 76-88.
- Münkler, Herfried 2006: *Der Wandel des Krieges*, Weilerswist.
- Münkler, Herfried 2008: Militärisches Totengedenken in der postheroischen Gesellschaft, in: Hettling, Manfred /Echternkamp, Jörg (Hg.) 2008: *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 22-30.
- Naumann, Klaus 2008: Abwehr, Abschreckung, Distanzierung. Militär, Öffentlichkeit und Tod in der Bundesrepublik, in: Hettling, Manfred /Echternkamp, Jörg (Hg.) 2008: *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 162-174.
- Naumann, Klaus 2009: Eingangsstatement von Klaus Naumann zum Abschlusspodium „Zur demokratischen Debatte in der Öffentlichkeit, im Parlament und in der politischen

- Bildungsarbeit, in: Hauswedell, Corinna (Hg.), Soldatentod in heutigen Kriegen, 201-220.
- Nohl, Arnd-Michael 2006: *Interview und dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis*, Wiesbaden: VS.
- Oevermann, Ulrich 1996: Konzeptualisierung von Anwendungsmöglichkeiten und praktischen Arbeitsfeldern der objektiven Hermeneutik. (Manifest der objektiv hermeneutischen Sozialforschung), o.O.: Unveröffentlichtes Manuskript.
- Oevermann, Ulrich 2000: Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis, in: Kraimer, Klaus (Hrsg.): *Die Fallrekonstruktion. Sinnverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung*, Frankfurt a.M., 58-156.
- Palonen, Kari 2004: *Die Entzauberung der Begriffe*, Münster.
- Peirce, Charles S. 1966: *Selected Writings: values in a universe of chance*, herausgegeben von Philip P. Wiener, New York.
- Pleuger, Gunter 2009: Die Rolle Deutschlands in der Welt des 21. Jahrhunderts – Perspektiven der internationalen Politik, in: Mayer-Tasch, Peter Cornelius / Oberreuter, Heinrich (Hrsg.), *Deutschlands Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts, Sonderband 3, Zeitschrift für Politik*, 135-140.
- Rittberger, Volker (1992): Nach der Vereinigung – Deutschlands Stellung in der Welt, in: *Leviathan Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 1992/2, 207-229.
- Roos, Ulrich 2010: *Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln*, Wiesbaden.
- Schmidt, Wolfgang 2008: Die Toten der Bundeswehr. Deutungsleistungen zwischen säkularem Ritual und sakralem Gedenken, in: Hettling, Manfred /Echternkamp, Jörg (Hg.) 2008: *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 58-71.
- Schütze, Fritz 1983: Biographieforschung und narratives Interview, *Neue Praxis. Kritische Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik* 13: 3, 283-293.

- Stölting, Erhard 2010: Organisation, Institution und Individuum: Der militärische Kontext in soziologischer Perspektive, in: Dörfler-Dierken, Angelika / Kümmel, Gerhard (Hrsg.), *Identität, Selbstverständnis, Berufsbild. Implikationen der neuen Einsatzrealität der Bundeswehr*, Wiesbaden, 21-40.
- Strauss, Anselm L./Corbin, Juliet (1990): *Basics of qualitative research: grounded theory procedures and techniques*, Newbury Park: Sage.
- Szabo, Stephen F. (2006): Parting Ways: The German-American Relationship after Iraq, in: Maull, Hanns W. (Hg.): *Germany's Uncertain Power. Foreign Policy of the Berlin Republic*, Basingstoke, 122-136.
- Tomforde, Maren 2010: Neue Militärkultur(en). Wie verändert sich die Bundeswehr durch die Auslandseinsätze, in: : Apelt, Maja (Hrsg.), *Forschungsthema: Militär. Militärische Organisationen im Spannungsfeld von Krieg, Gesellschaft und soldatischem Subjekt*, Wiesbaden, 193-219.
- von Bredow, Wilfried 2010: Probleme der Transformation und das neue Bild des Soldaten, in: Dörfler-Dierken, Angelika / Kümmel, Gerhard (Hrsg.), *Identität, Selbstverständnis, Berufsbild. Implikationen der neuen Einsatzrealität der Bundeswehr*, Wiesbaden, 121-128.
- von Bredow, Wilfried/Jäger, Thomas (1991): Die Außenpolitik Deutschlands. Alte Herausforderungen und neue Probleme, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1-2/1991, 27-38.
- Wagener, Martin (2006): Normalization in Security Policy? Deployments of Bundeswehr Forces Abroad in the Era Schröder, 1998-2004, in: Maull, Hanns W. (Hg.): *Germany's Uncertain Power. Foreign Policy of the Berlin Republic*, Basingstoke, 79-92.
- Waltz, Kenneth N. (1993): The emerging structure of international politics, in: *International Security*, 18:2, 44-79.
- Wendt, Alexander 1999: *Social Theory of International Relations*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Weller Christoph 2008: Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung: Politische Herausforderungen und der Aktionsplan der Bundesregierung, in: Peter Schlotter et al. (Hrsg.), *Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation – zivile Impulse – Europäische Einbindung*, Baden-Baden, 109-136.

Wette, Wolfram 2006: Mentalitätswandel in Deutschland – Vom Militarismus zur zivilen Gesellschaft, in: Luedtke, Ralph-M., Strutynski, Peter (Hrsg.), *Neue Kriege in Sicht*, Kassel,43-57.

Wette. Wofram 2008: *Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur*, Frankfurt/M..

Ziebura, Gilbert (Hg.) 1975: *Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871*, Darmstadt.